

Dubioses Projekt zum Verfassungsjubiläum

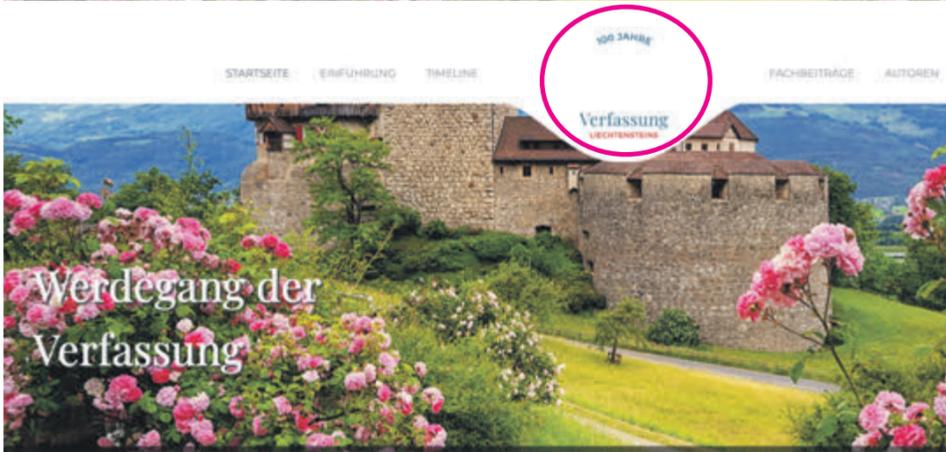
Unbekannte Unterstützer, keine Wappen-Bewilligung und Florian Krenkel: Das Projekt «100 Jahre Landesverfassung» wirft Fragen auf.

Elias Quaderer

«Neuer Verweser», «Rasputin am Fürstenhof», «Überregierungschef»: Mit all diesen Bezeichnungen wurde Florian Krenkel während dem Höhepunkt des Liechtensteiner Verfassungstreits 2001–2003 versehen. Der ehemalige österreichische Diplomat fungierte damals als persönlicher Berater von Fürst Hans Adam II. und Erbprinz Alois. Ihm wird zugeschrieben, verantwortlich dafür zu sein, dass die Kampagne des Fürstenhauses für die Verfassungsrevision zunehmend auf einer persönlichen Schiene geführt wurde. Krenkel hatte damit seinen Anteil daran, dass sich im Vorfeld der Verfassungsabstimmung 2003 das Pro- und Kontra-Lager unerbittlich gegenüberstanden. Noch heute sträuben sich bei einigen Landesbewohnern die Nackenhaare, wenn der Name Krenkel im Zusammenhang mit der Verfassung erwähnt wird. Es überrascht darum, dass ein Forschungsprojekt anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Landesverfassung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit von Florian Krenkel begleitet wird.

Keine Bewilligung für die Nutzung des Staatswappens

Neben der Personalie Krenkel wirft das Projekt «100 Jahre Verfassung Liechtensteins» aber noch eine weitere Reihe von Fragen auf. Denn gemäss Auskunft auf der Webseite (100jahre.li) und einer Presseaussendung, handelt es sich um ein «Forschungsprojekt an der Universität Liechtenstein». Die-



Die Projektwebseite nutzte für ihr Logo zunächst das Staatswappen. Da die Verantwortlichen aber keine Bewilligung einholten, mussten sie das Wappen wieder entfernen. Screenshot: equ

se Aussage ist nachweislich falsch. Auf Nachfrage bestätigt Florian Krenkel, dass das Projekt nicht von der Universität Liechtenstein geleitet werde. «Das ist ein bisschen missverständlich formuliert», sagt Krenkel. Ein weiteres Missverständnis hat sich wohl in das Logo-Design eingeschlichen. Das Logo des Projekts verwendete das grosse Staatswappen

Liechtensteins. Die Benutzung des Wappens ist allerdings bewilligungspflichtig, eine entsprechende Bewilligung wurde bei der Regierungskanzlei nicht eingeholt. Aber: «Im Zuge der Abklärungen haben die Verantwortlichen das grosse Staatswappen entfernt», teilt Regierungskanzlei-Leiter Peter Sele mit. Die einzige Verbindung des Projekts zur Universität Liech-

tenstein ist Professor Nicolas Raschauer. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Bank- und Finanzmarktrecht an der Universität. Die Projekt-Webseite nennt Raschauer als Leiter des Projekts. Auf Anfrage erklärt der Rechtsprofessor hingegen, dass er lediglich eingeladen wurde, einen Beitrag für das Forschungsprojekt zu verfassen. Auf die Frage, wer das Projekt

initiiert hat und leitet, erhielt das «Vaterland» bis dato keine Antwort von Professor Raschauer. Auf der Webseite führt das Impressum das Unternehmen «SAEC – Scientific Association for Education and Consulting Trust reg.» in Nendeln auf. Gemäss amtlicher Kundmachung wurde die Firma im Juli 2018 gegründet; Geschäftsführer ist Nicolas Raschauer.

Der Kommunikationsverantwortliche Florian Krenkel hält sich zu den Verantwortlichen des Projektes ebenfalls bedeckt. Die Projektunterstützer kämen aus juristischen Kreisen – «mehr will ich dazu nicht sagen», erklärt Krenkel. Er sei von den Unterstützern angefragt worden, da er sich zur Zeit der Verfassungsnovelle 2003 in Liechtenstein aufhielt und im Fürstentum gut vernetzt sei. «Man sollte mehr auf die Inhalte schauen als darauf, wer das Projekt organisiert», so der Kommunikationsexperte.

Ein prominenter Autor, aber wenig über 1921

Das Forschungsprojekt will sich gemäss Webseite den Höchstgerichten Österreichs, Deutschlands, der Schweiz und Liechtensteins widmen. In einer interdisziplinär angelegten Studie unter dem Titel «Willkür- und Vertretbarkeitskontrolle in der Rechtsprechung der Höchstgerichte» sollen die Vor- und Nachteile der jeweiligen Gerichtshöfe beleuchtet werden. Die Autorenliste kann mit Andreas Kohl – ehemaliger österreichischer Nationalratspräsident und ÖVP-Kandidat bei den Bundespräsidentenwahlen

2016 – auch mit einem prominenten Namen aufwarten.

Die Erinnerung an das Verfassungsjubiläum 1921 wird allerdings knapp gehalten. Die «Timeline» auf der Webseite erklärt lediglich, dass nach dem Ersten Weltkrieg in einer neuen Verfassung «das Festhalten an der Monarchie sowie eine Verfestigung demokratischer Ideen in einer geänderten Verfassung festgehalten werden» sollte. Man habe sich auf ein Neben- und Miteinander von Fürst und Volk geeinigt. Und: «Die geschichtliche Identität des Fürstentums Liechtenstein blieb gewahrt.»

Kein Wort zu den neuen direkt-demokratischen Rechten, zur Parlamentarisierung der Regierung und Schaffung eines eigenen Staatsgerichtshofes; kein Wort zur Bewegung, die auf eine Demokratisierung drängte, und kein Wort zu deren führenden Figur Wilhelm Beck. Es beschleicht einen das Gefühl, dass es mehr um 2003 als um 1921 geht.



Kommunikationsverantwortlicher des Forschungsprojekts: Florian Krenkel. Bild: Archiv

Mauro Pedrazzini: «Eine Pandemie voller Überraschungen»

Covid-19 hat nicht nur der Bevölkerung, sondern auch der Politik viel abverlangt. Aus heutiger Sicht werden auch Fehler eingestanden.

Wenn bei den Koalitionsverhandlungen alles gut geht, dauert es noch drei Wochen – dann kann sich Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini nach einer aussergewöhnlich arbeitsreichen Phase, in der die Abstimmung um den Spitalneubau und die Coronapandemie seinen Alltag bestimmt haben, erstmals zurücklehnen und durchatmen. Wie er im Interview gegenüber Radio L wissen liess, wird er diese Zeit, in der auch das Wochenende keinen Raum für Entspannung liess, nicht missen. Wohl aber andere Phasen in seiner achtjährigen Amtszeit in der Regierung, in der die Welt noch «normal» war.

Täglich eine Sitzung, täglich neue Entscheidungen

Es ging Schlag auf Schlag: Am 11. Februar 2020 wurde in Liechtenstein der Krisenstab zusammengerufen, am 23. Februar 2020 folgte ein Anruf vom Schweizer Bundesrat Alain Berset und somit war klar: Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis das Coronavirus auch Liechtenstein erreicht. Was am

3. März 2020 der Fall war. Ab diesem Moment war nichts mehr wie zuvor. Weder die Arbeit der Regierung noch das Leben der gesamten Bevölkerung. Aus diesem Grund stand Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini Radio-L-Moderatorin Tanja Cissé am Mittwochmittag Rede und Antwort und beantwortete auch Zuhörerfragen. Er verwies darauf, dass es vor allem schwierig war, bestimmte Massnahmen zu rechtfertigen, und erklärte, warum sich Liechtenstein dazu entschieden hat – abgesehen von einigen kleinen Abweichungen – parallel zur Schweiz zu handeln. Pedrazzini äusserte sich zudem zu den bereits erhältlichen Selbsttests und ist nach wie vor davon überzeugt, dass diese Tests weniger sensitiv und damit weniger zuverlässig sind als der PCR-Test, der sogar Mutationen erkenne.

Mit heutigem Wissen anders gehandelt

«Die Pandemie hielt und hält immer wieder Überraschungen für uns parat», sagte Pedrazzini zur Frage, wo das Land heute



Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini stand bei Radio L Rede und Antwort. Bild: Archiv, ikr

steht. Die Politik sei gewohnt, Konflikte mit Menschen auszugetragen, über Möglichkeiten zu diskutieren bzw. zu verhandeln. «Aber hier kämpfen wir gegen die Natur. Das sind wir nicht gewohnt. Und deshalb passieren auch Fehler.» Mit dem heutigen Wissen wäre gemäss Pedrazzini eine Ladenschliessung während der ersten Welle zum Beispiel nicht nötig gewesen.

Umgekehrt sei man im Herbst wiederum zu nachlässig gewesen, was schliesslich zu einer zweiten Welle geführt habe.

«Wir kämpfen uns von Woche zu Woche»

Im Bezug auf die Impfungen wäre der Gesundheitsminister gerne «schneller unterwegs», als es derzeit der Fall ist. «Dass zu wenig Impfstoff vorhanden ist, darunter leiden aber alle Länder», gab er zu bedenken. Dennoch ist er froh, mit Pfizer/Biontech und Moderna (mRNA-Impfstoffe) auf zwei hochwirksame Impfstoffe setzen zu können. Dies würden zu über 90 Prozent nicht nur vor einem schweren Krankheitsverlauf schützen, sondern auch davor, dass das Virus weitergegeben werde. Und das sei mehr, als man sich erhofft habe.

Sobald neue Impfstoffe geliefert werden, würden Termine freigegeben. «Wir kämpfen uns von Woche zu Woche vor», so Pedrazzini. Wenn dann sämtliche Altersgruppen über 70 Jahre geimpft seien, könne auch die breite Bevölkerung zur Impfung aufgerufen werden.

Dann können sich Impfwillige über ein Onlinetool anmelden. Priorisiert werden dabei Risikopatienten, die allerdings nur dann vorgezogen werden, wenn sie auch ein Attest von ihrem Arzt mitbringen. Dies, um zu verhindern, dass sich Impfwillige selbst als Risikopatienten ausgeben und «vordrängen».

Wann kehrt endlich Normalität zurück?

Eine Rückkehr zur Normalität sieht Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini erst dann, wenn die breite Bevölkerung die Gelegenheit hatte, sich impfen zu lassen. Solange sollen auch bereits Geimpfte sich an die Massnahmen (Maskenpflicht, etc.) halten. Ende Juli bzw. Anfang August könnte dann der Grossteil der Bevölkerung durchgeimpft sein. Pedrazzini rechnet übrigens damit, dass sich rund 70 Prozent der Bevölkerung impfwillig zeigen. «Dann können keine Coronamassnahmen mehr gerechtfertigt werden», ist sich Pedrazzini bewusst. Allerdings gibt es auch zwei Ausnahmen:

Wenn es weitere Lieferverzögerungen gibt. Oder eine Mutation auftaucht, die gegen die mRNA-Impfungen immun ist.

Desirée Vogt

Neu
Gartenmöbel
auf
2'000m²
Ausstellungsfäche

delta
MÖBEL KÜCHEN HAUSHALT
delta-moebel.ch, Tel. +41 (0)81 772 22 11